SCHAC/II
CONTR 001
ACQUIS

1 Anlage 3
(S. 1-5)

BPH/div DE

Gemeinsame Kontrollinstanz Brüssel, den 14. Dezember 1995
SCH/Aut-cont (95) 25 rev. 4
Übersetzung/Orig. FR

SCHENGEN
Am 23 DEZ 1996
Anlagen.

GESCHÄFTSORDNUNG DER GEMEINSAMEN KONTROLLINSTANZ

Die Gemeinsame Kontrollinstanz,

gestützt auf Artikel 115 des am 19. Juni 1990 in Schengen geschlossenen Übereinkommens zur Durchführung des am 14. Juni 1985 geschlossenen Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, nachstehend Durchführungsübereinkommen genannt,

nimmt am 19. Oktober 1995 folgende Geschäftsordnung an:

Artikel 1 - Aufgaben

(1) Die Gemeinsame Kontrollinstanz nimmt gemäß der vorliegenden Geschäftsordnung die Aufgaben wahr, die ihr im Durchführungsübereinkommen übertragen werden, sowie andere Aufgaben im Rahmen des Schutzes von personenbezogenen Daten, von denen sie der Auffassung ist, daß sie mit der Durchführung des Durchführungsübereinkommens zusammenhängen.

(2) Zur Durchführung ihrer Aufgaben kann die Gemeinsame Kontrollinstanz entweder von Amts wegen, auf Ersuchen einer nationalen Kontrollinstanz eines Schengener Staates, einer Vertragspartei oder einer Instanz des Schengener Systems nach den Bestimmungen des Durchführungsübereinkommens auftreten.

Artikel 2 : Zusammensetzung

(1) Gemäß Artikel 115 des Durchführungsübereinkommens setzt sich die Gemeinsame Kontrollinstanz aus je zwei Vertretern der nationalen Kontrollinstanzen der Vertragsparteien nach Artikel 114 des Durchführungsübereinkommens zusammen. Jede Delegation verfügt über eine Stimme.

(2) Auf einstimmigen Beschluß kann die Gemeinsame Kontrollinstanz den Vertretern oder den unabhängigen Sachverständigen der Vertragsparteien, auf deren Hoheitsgebiet das Durchführungsübereinkommen noch nicht in Kraft gesetzt wurde, den Beobachterstatus ohne Stimmrecht erteilen.

(3) Die Mitglieder der Gemeinsamen Kontrollinstanz sowie die Beobachter dürfen nicht auch Mitglied einer gemäß dem Schengener Durchführungsübereinkommen eingerichteten Arbeitsgruppe oder Behörde - außerhalb der nationalen Kontrollinstanz zum Schutz von personenbezogenen Daten - sein. Sie können ihre nationale Delegation jedoch als Sachverständige begleiten.

(4) Ein Mitglied der Gemeinsamen Kontrollinstanz, das verhindert ist, an einer Sitzung teilzunehmen, kann durch eine von der nationalen Kontrollinstanz gemäß den Bestimmungen dieses Artikels bezeichnete Person ersetzt werden.

(5) Die Mitglieder der Gemeinsamen Kontrollinstanz können sich zu ihrer Unterstützung von einem Sachverständigen begleiten lassen.

Artikel 3: Vorsitz

(1) Die Gemeinsame Kontrollinstanz wählt mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegationen nach Art. 2 Abs. 1 aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Ihr Mandat hat eine Dauer von einem Jahr und kann einmal verlängert werden.

(2) Der stellvertretende Vorsitzende gehört nicht der Delegation des Vorsitzenden an und vertritt den Vorsitzenden im Verhinderungs- oder Abwesenheitsfalle.

(3) Im Falle einer Vakanz vor Ablauf des Mandats des Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden wird sein Amt von einem Stellvertreter wahrgenommen. Das als Stellvertreter gewählte Mitglied nimmt das Amt für die verbleibende Amtszeit wahr.

Artikel 4 - Aufgabe des Vorsitzenden

(1) Der Vorsitzende vertritt die Gemeinsame Kontrollinstanz. Er überwacht den reibungslosen Ablauf ihrer Arbeiten. Er beruft die Gemeinsame Kontrollinstanz ein und bestimmt Ort, Tag sowie Uhrzeit der Sitzungen. Er eröffnet und schließt die Sitzungen. Ihm obliegt die Leitung der Beratungen. Der Vorsitzende stellt die vorläufige Tagesordnung auf.

(2) Zur Vorbereitung der Beratungen der Gemeinsamen Kontrollinstanz kann der Vorsitzende in bezug auf ein bestimmtes Thema einen oder mehrere Berichterstatter unter den Mitgliedern bezeichnen.

Artikel 5 - Arbeitsweise

(1) Die Gemeinsame Kontrollinstanz tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Sie tritt ferner auf Initiative des Vorsitzenden sowie jedesmal zusammen, wenn mindestens drei der Delegationen nach Art. 2 Abs. 1 ein entsprechendes, begründetes Ersuchen schriftlich einreichen oder in einer Sitzung mündlich darum ersuchen. Schließlich tritt sie auch in den im Durchführungsübereinkommen vorgesehenen Fällen zusammen.

(2) Mit Ausnahme von Fällen, die der Vorsitzende als dringlich einstuft, werden die Einberufungsschreiben mindestens vierzehn Tage vor der Sitzung übermittelt. Das Einberufungsschreiben enthält die vorläufige Tagesordnung und nach Möglichkeit die für die Beratungen erforderlichen Dokumente.

(3) Die Gemeinsame Kontrollinstanz nimmt die endgültige Tagesordnung zu Beginn einer jeden Sitzung an.

Artikel 6: Quorum und Vorschriften in bezug auf die Mehrheit

(1) Die Gemeinsame Kontrollinstanz kann nur dann wirksam tagen, wenn mindestens zwei Drittel der in Artikel 2 Abs. 1 genannten Delegationen anwesend sind.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 13 werden die Beschlüsse der Gemeinsamen Kontrollinstanz gefaßt, wenn die Hälfte der in Art. 2 Abs. 1 genannten Delegationen plus eine Delegation zustimmen.

(3) Jede Delegation hat die Möglichkeit, ihre Stimmabgabe in einer Notiz zu erläutern.

(4) Die Gemeinsame Kontrollinstanz berät auf der Grundlage von Dokumenten und Entwürfen, die in den Amtssprachen der Vertragsparteien des Schengener Übereinkommens vorliegen.

Artikel 7 - Veröffentlichung und Empfänger der Beschlüsse

(1) Soweit keine anderslautenden Beschlüsse der Gemeinsamen Kontrollinstanz vorliegen, sind die Sitzungen der Gemeinsamen Kontrollinstanz nicht öffentlich.

(2) Die Gemeinsame Kontrollinstanz legt fest, an wen ihre Beschlüsse gerichtet werden und auf welche Weise diese gegebenenfalls zu veröffentlichen sind, unbeschadet des Artikels 115 Absatz 4 des Durchführungsübereinkommens.

Artikel 8 - Schriftliches Verfahren

(1) Die Beschlüsse der Gemeinsamen Kontrollinstanz können auf schriftlichem Wege gefaßt werden, soweit alle Delegationen diesem Verfahren in einer Sitzung zugestimmt haben.

(2) Im Dringlichkeitsfall kann der Vorsitzende das schriftliche Verfahren von Amts wegen einleiten.

(3) In beiden Fällen übermittelt der Vorsitzende den Mitgliedern der Gemeinsamen Kontrollinstanz einen Beschlußentwurf. Erheben die Delegationen innerhalb einer vom Vorsitzenden festzulegenden Frist von mindestens vierzehn Tagen ab Erhalt des Beschlußentwurfs keine Einwände, wird angenommen, daß sie dem Vorschlag zustimmen.

(4) Beantragt eine Delegation innerhalb einer Frist von fünf Arbeitstagen ab Erhalt des Beschlußentwurfs die Erörterung dieses Entwurfs durch die Gemeinsame Kontrollinstanz, wird das schriftliche Verfahren nach Absatz 2 beendet.

Artikel 9 - Arbeitsgruppen, Sachverständige, Kontrollen vor Ort

(1) Die Gemeinsame Kontrollinstanz kann Arbeitsgruppen einsetzen und deren Aufgaben festlegen.

(2) Die Gemeinsame Kontrollinstanz kann Sachverständige hinzuziehen. Sie kann eine Liste von Personen aufstellen, die vorrangig herangezogen werden.

(3) In bezug auf die Kontrolle der technischen Unterstützungseinheit kann die Gemeinsame Kontrollinstanz eines oder mehrere Mitglieder zur Durchführung von Kontrollen vor Ort bezeichnen. Handelt es sich nach dem Urteil des Vorsitzenden um einen dringlichen Fall, kann er diese Bezeichnung von Amts wegen vornehmen. In dem Fall unterrichtet er darüber unverzüglich die Mitglieder der Gemeinsamen Kontrollinstanz. Die mit der Durchführung der Überprüfung betrauten Mitglieder können sich von in der vorerwähnten Liste eingetragenen Sachverständigen unterstützen lassen.

(4) Die mit der Überprüfung betrauten Arbeitsgruppen, Sachverständige und Mitglieder der Gemeinsamen Kontrollinstanz erstatten der Gemeinsamen Kontrollinstanz über die Ergebnisse ihrer Arbeiten Bericht.

Artikel 10 - Sekretariat

(1) Das Sekretariat der Gemeinsamen Kontrollinstanz wird unter der Verantwortung des Vorsitzenden durch die Personen und Dienste wahrgenommen, die durch die für die Schengener Zusammenarbeit zuständige Behörde zur Verfügung gestellt werden.

(2) Das Sekretariat führt ein Register der von der Gemeinsamen Kontrollinstanz gefaßten Beschlüsse.

BPH/ div. **SCHENGEN** FR.

SCH 95 / II
CONTR 801
ACC 13

Autorité de contrôle commune

Bruxelles, le 14 décembre 1995
SCH/Aut-cont (95) 25 4ème rev.

REGLEMENT INTERIEUR DE L'AUTORITE DE CONTROLE COMMUNE

approuvé par l'ACC le 2 février 1996

L'Autorité de contrôle commune,

Vu l'article 115 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985, relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, ci-après « la Convention »

Adopte, le 19 octobre 1995, le Règlement intérieur suivant:

Article 1er - Compétence

1. L'Autorité de contrôle commune remplit, conformément au présent Règlement intérieur, les missions qui lui sont dévolues par la Convention, ainsi que d'autres missions relatives à la protection des données à caractère personnel dont elle estime qu'elles sont liées à l'application de la Convention.

2. Dans l'exercice de ses missions, l'Autorité de contrôle commune peut intervenir, soit d'office, soit à la demande d'une Autorité de contrôle nationale d'un Etat Schengen, d'une Partie contractante ou d'une instance du Système Schengen, conformément aux dispositions de la Convention.

Article 2 - Composition

1. L'Autorité de contrôle commune est, conformément à l'article 115 de la Convention, composée de deux représentants de l'Autorité de contrôle nationale de chaque Partie contractante, telle que visée à l'article 114. Chaque délégation dispose d'une voix délibérative.

2. L'Autorité de contrôle commune peut, par une décision prise à l'unanimité, accorder le statut d'observateur sans voix délibérative aux représentants ou experts indépendants des Parties contractantes sur le territoire desquelles la Convention n'a pas encore été mise en vigueur.

3. Les membres de l'Autorité de contrôle commune ainsi que les observateurs ne peuvent pas être membres d'un groupe de travail ou d'une Autorité - autre que l'Autorité nationale de contrôle sur la protection des données à caractère personnel - institués en vertu de la Convention. Ils peuvent toutefois se joindre en tant qu'experts à leurs délégations nationales.

4. Un membre de l'Autorité de contrôle commune empêché d'assister à une réunion peut être remplacé par une personne désignée par l'Autorité de contrôle nationale conformément au présent article.

5. Les membres de l'Autorité de contrôle commune peuvent se faire accompagner d'un expert qui les assiste.

Article 3 - Présidence

1. L'Autorité de contrôle commune élit, parmi ses membres, son président et son vice-président. Ceux-ci sont élus à la majorité de deux tiers des délégations visées à l'article 2, paragraphe 1. Leur mandat a une durée d'un an, renouvelable une fois.

2. Le vice-président fait partie d'une autre délégation que le président ; il remplace le président en cas d'absence ou d'empêchement.

3. Si une vacance se produit avant l'expiration du mandat du président ou du vice-président, il est pourvu à son remplacement. Le membre élu en remplacement assure ses fonctions pour la durée du mandat restant à courir.

Article 4 - Rôle du président

1. Le président représente l'Autorité de contrôle commune. Il veille à son bon fonctionnement. Il convoque l'Autorité et fixe le lieu, le jour et l'heure des réunions. Il ouvre et lève les séances. Il dirige les débats. Le président établit l'ordre du jour provisoire.

2. En vue de préparer les délibérations de l'Autorité de contrôle commune, le président peut désigner, pour un sujet déterminé, un ou plusieurs rapporteurs parmi les membres.

Article 5 - Fonctionnement

1. L'Autorité de contrôle commune se réunit au moins deux fois par an. Elle se réunit également sur l'initiative du président ainsi que chaque fois qu'au moins trois délégations visées à l'article 2, paragraphe 1, formulent une demande motivée en ce sens, oralement au cours d'une réunion ou par écrit. Enfin elle se réunit dans les cas prévus par la Convention.

2. Sauf dans les cas jugés urgents par le président, les convocations sont transmises au moins quatorze jours avant la date de la réunion. La convocation comporte l'ordre du jour provisoire ainsi que, dans la mesure du possible, les documents nécessaires aux débats.

3. L'Autorité de contrôle commune adopte l'ordre du jour définitif au début de chaque réunion.

Article 6 : Quorum et règles de majorité

1. L'Autorité de contrôle commune ne peut se réunir valablement que lorsque les deux tiers au moins de délégations visées à l'article 2, paragraphe 1, sont présentes.

2. Sous réserve des dispositions de l'article 13, les actes de l'Autorité de contrôle commune sont adoptés lorsque la moitié plus une des délégations présentes visées à l'article 2, paragraphe 1, s'expriment favorablement.

3. Chaque délégation peut déposer une note d'explication de vote.

4. L'Autorité de contrôle commune délibère sur la base de documents et de projets rédigés dans les langues nationales de tous les Etats Schengen.

Article 7 - Publicité et destinataires des actes

1. Sauf décision contraire de l'Autorité de contrôle commune, les réunions de celle-ci ne sont pas publiques.

2. L'Autorité de contrôle commune détermine les destinataires de ses actes et se prononce sur la publicité éventuelle de ceux-ci, sans préjudice des dispositions de l'article 115, paragraphe 4 de la Convention.

Article 8 - Procédure écrite

1. Les actes de l'Autorité de contrôle commune peuvent être adoptés par le biais d'une procédure écrite, à condition que toutes les délégations en aient accepté le principe au cours d'une réunion.

2. En cas d'urgence, le président peut recourir d'office à la procédure écrite.

3. Dans les deux cas, le président transmet un projet à tous les membres de l'Autorité de contrôle commune. Les délégations qui n'ont pas fait valoir d'observations dans un délai, à fixer par le président, d'au moins quatorze jours à compter de la date de réception du projet, sont réputés avoir approuvé le projet.

4. Il est mis fin à la procédure écrite dans le cas prévu au paragraphe 2 du présent article si une délégation demande, dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de la date de réception du projet, que ce dernier fasse l'objet d'une discussion au sein de l'Autorité de contrôle commune.

Article 9 - Groupes de travail, experts, vérifications sur place

1. L'Autorité de contrôle commune peut instituer des groupes de travail dont elle définit la mission.

2. L'Autorité de contrôle commune peut faire appel à des experts. Elle peut dresser une liste d'experts auxquels il est fait appel en priorité.

3. S'agissant du contrôle de la fonction de support technique, l'Autorité de contrôle commune peut désigner un ou plusieurs de ses membres pour procéder à des vérifications sur place. S'il le juge urgent, le président peut procéder d'office à une telle désignation. Dans ce cas, il en informe sans délai les membres de l'Autorité de contrôle commune. Les membres chargés d'effectuer des vérifications peuvent se faire assister par des experts inscrits sur la liste précitée.

4. Les groupes de travail, les experts et les membres de l'Autorité chargés de procéder à des vérifications rendent compte des résultats de leurs missions à l'Autorité de contrôle commune.

Article 10 - Secrétariat

1. Le Secrétariat de l'Autorité de contrôle commune est assuré sous la responsabilité du président par les personnes et les services mis à disposition par l'Autorité compétente de la coopération Schengen.

2. Le Secrétariat tient un registre des actes adoptés par l'Autorité de contrôle commune.

3. Le courrier destiné à l'Autorité de contrôle commune est adressé au Secrétariat, à l'attention du président.

Article 11 - Procès-verbaux

1. Un procès-verbal est dressé pour chaque réunion de l'Autorité de contrôle commune.

2. Le projet de procès-verbal est rédigé par le Secrétariat, sous la responsabilité du président. Il est soumis à l'approbation de l'Autorité de contrôle commune lors de la réunion suivante.

3. Les membres et les observateurs peuvent faire rectifier le procès-verbal ultérieurement en fonction des remarques qu'ils ont formulées lors de la réunion concernée.

Article 12 - Confidentialité

Sans préjudice de l'application de l'article 7, paragraphe 2, les membres de l'Autorité de contrôle commune, les observateurs, les experts et les membres du Secrétariat sont tenus de respecter la confidentialité. Cette obligation ne s'applique ni à l'égard des Autorités de contrôle nationales ni à l'égard des autres autorités nationales auxquelles les membres et les observateurs doivent faire rapport conformément au droit national.

Article 13 - Modification du règlement

L'Autorité de contrôle commune adopte, à **l'unanimité**, les dispositions visant à modifier le présent Règlement. Sauf disposition contraire, ces dispositions entrent en vigueur une semaine après leur adoption.